

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Die unverzogenste Abgabe des Manuskripts über- nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Carl Hebebrandt, Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Aussprache über die Räumung im Osten.

Erklärung des Generals Hoffmann. — Die Zuständigkeit der bereits bestehenden Körperschaften in den besetzten Gebieten.

Königl. Großes Hauptquartier, 14. Januar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Die Feuerfähigkeit blieb tagsüber meist auf Etappen-ebene beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders bei der Front von Keno, war sie am Abend gesteigert. Aufstellungen und Bewegungen drängen südlich von Trenchin und nördlich von La Racourie in die englischen Gräben und madten Gefangene.
Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.
Abgesehen von erfolgreichen Erkundungsgesuchen in der Gegend von Juvincourt und auf dem West-

ufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Westlich vom Chirba-See, am Dobropolje und südwestlich vom Doiran-See Artillerieaktivität.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff. (M. T. B.)

Die Erklärungen des Generals Hoffmann.

Im Laufe der West-Britischer Verhandlungen vom 11. und 12. Januar, über die weiter unten ausführlich berichtet wird, hatte Herr Trocki mehrere Anträge eingebracht, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen betrafen. Insbesondere wünschte die russische Abordnung, daß die von den Deutschen besetzten Gebiete geräumt würden, damit die dort wohnenden Völker unbeeinträchtigt an die Abstimmung schreiben könnten. General Hoffmann trat diesen Forderungen mit folgenden Ausführungen entgegen:

„Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob Sie siegreich in unserem Lande ständen und uns Bedingungen diktieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegengesetzt sind. — Das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet!“

Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet.

Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden anders Denkenden unterdrückt. Jeder anders Denkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erläutern.

In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongreß in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximillisten durch Besetzung und Massenvergewaltigung ausgenutzt.

Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und verurteilte die Erzeugung ihres Willens mit Waffengewalt durchzuführen.

Soviet aus den mir vorliegenden Schriftstücken hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. Es stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die marxistische Regierung in der Praxis dar.

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine **Einmütigung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.**

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der **Restoration von Rußland bereits klar und unabweislich Ausdruck gegeben.** Von den wichtigsten Beschüssen der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben:

Am 21. 9. 1917 erbat die litaunische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Litauens bezeichnet, den Schutz des Deutschen Reiches.

Am 11. 12. 1917 proklamierte der litauische Landestag, der von den Litauern des In- und Auslandes als einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben.

Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diefem Antrage haben sich die Riger Kaufmannskammer, die Große Gilde, die Vertreter der Landesbevölkerung sowie 70 Riger Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterschaft der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Dofel, Dagö und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgesagt. Auch aus verwaltungsmäßigen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine **Räumung Litauens, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.**

Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsfußes, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und in deutschem Vertriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder einer Miliz sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.“

Der Verlauf der Verhandlungen.

West-Britisch, 13. Januar. (M. T. B.)

Die am 11. d. M. konstituierte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen

hielt am 11. und 12. d. M. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Nach einer kurzen, einleitenden Diskussion über formale Fragen der Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß an erster Stelle

Zur Lage.

Vertagung der Entscheidungen?

Wie mitgeteilt wurde, soll heute beim Kaiser eine Konferenz stattfinden, an welcher der Kronprinz, der Reichskanzler, Hindenburg und Ludendorff und eine Anzahl anderer Persönlichkeiten teilnehmen sollen. Heute vormittag empfing der Kaiser den Reichskanzler und den Feldmarschall v. Hindenburg gemeinsam. Die Frage, ob die Lösung im Osten auf dem bisher von der Reichsregierung, im Einverständnis mit den Verbündeten, verfolgten Wege gesucht, oder ob, wie die Militärs zu fordern scheinen, die Annexion bestimmter Gebiete erstrebt werden soll, dürfte ein Hauptthema der Beratungen bilden. Außerdem wird natürlich über Rußland und die anderen besetzten Gebiete gesprochen werden.

In politischen und gut informierten Kreisen herrscht heute vormittag die Meinung vor, daß die Entscheidungen vielleicht nicht heute, und nicht so schnell fallen würden, als man erwartet hat. Man ist heute weniger geneigt, an sofortige und endgültige Entschlüsse und an das Eintreten der Krisis zu glauben, das unermesslich wäre, wenn Entscheidungen getroffen werden sollten, für welche die politische Reichsleitung die Verantwortung nicht übernehmen will. Es scheint, daß zum mindesten versucht wird, die Gegenläufe auszugleichen, oder doch die Entscheidungen bis zu dem Augenblick zu vertagen, wo sich klarer übersehen lassen wird, ob die Verhandlungen in West-Britisch, so wie sie jetzt im Augenblick stehen, zu einem Resultate führen oder nicht. Das ist, wie gesagt, die Auffassung, die heute vormittag vorherrscht — ob sie morgen Geltung haben wird, ist nicht vorzusagen.

Einstweilen hat, wie wir hören, der Reichskanzler Graf Hertling, der im Hauptstab des kaiserlichen Hofes stehen wollte, seine Rede um einige Tage verschoben. Es wird gesagt, die Verschiebung sei durch den langsamen Gang der Verhandlungen in West-Britisch verursacht, aber ebenso maßgebend hat darüber ohne Zweifel die Verhandlungen in Berlin. Eine von anderer Seite gebrachte Meldung, Herr v. Kühlmann sei in Berlin eingetroffen, ist falsch, und die Nachricht, daß Graf Hertling am Konstantinopel hergekommen sei, beruht auf einer Verwechslung; Graf Brockdorff-Rantzau, der Gesandte in Kopenhagen, weiß aber nur zur Erläuterung persönlicher Angelegenheiten hier.

Welche Wirkungen ein vollständiger Kurswechsel auf die inneren Verhältnisse im Reich haben könnte, geht aus einem kurzen Artikel, der heute an der Spitze des „Vorwärts“ erschien, hervor. Das sozialdemokratische Hauptorgan weist auf die Gerichte hin, die über eine Schwenkung in der auswärtigen Politik urteilen, und erklärt dazu:

„Es besteht in diesem Augenblick keine Möglichkeit, diese Gerichte nachzuweisen, sie sind wahrscheinlich zum mindesten verstreut. Das sie aber aufstehen und geltend werden könnten, ist ein Zeichen der Zeit, an dem man nicht achtlos vorübergehen kann. Denn es würde sich dabei um eine fundamentale Änderung unserer politischen Verhältnisse handeln, die auch auf die Arbeiterklasse mächtig zurückwirken und sie über kurz oder lang vor die Nothwendigkeit neuer Entschlüsse stellen würde.“

Wäre es nicht der Zustand der stehenden politischen Unklarheit und Verwirrung zu beklagen, der wieder einmal eingetreten ist. Man wird nicht wieder, wie bei der Michaelis-Krise, die Demokratie und besonders die Sozialdemokratie beschuldigen können, daß sie diesen Zustand herbeigeführt habe. Die Zusammenhänge liegen diesem Sinne klar zutage.

Mit der Bildung einer festen Reichstagsmehrheit schien ein Zug der Festigkeit und Stabilität in unsere Verhältnisse zu kommen, der auf die allgemeine Volkstimmung stützend wirkte. Wir wissen nicht, wieviel von diesem wertvollen Kapital noch vorhanden ist, aber wir wissen genau, wer — ohne Rücksicht auf die unabweisbaren Folgen — es zu vertun und verwüsten mit allen Kräften beabsichtigt hat. Das sind die Alldeutschen und die Vaterlandspartei.

Die alldeutsche Presse äußerte ihre Hoffnungen und Erwartungen heute früh zum ersten noch ziemlich zurückhaltend. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagte nur, wie auch bereits verlaute hätten die bisherigen Berliner Verhandlungen „ein Ergebnis gehabt, das im Hinblick auf die nationalen Selbstverpflichtungen als nicht ungünstig bezeichnet werden kann.“ Die schwe-

industriell-deutsche „Deutsche Zeitung“ schloß ihre Betrachtungen mit dem schönen Satz: „Inzwischen arbeitet man von London aus fieberhaft, um Einfluß auf den Gang der politischen Dinge in Berlin zu gewinnen.“ Das soll heißen, daß diejenigen, die in den Plänen der Annexionisten nicht das Ziel, sondern eine Gefahr sehen, sich von England haben einfließen lassen. Man kann nur bedauern, daß die Männer, die aus ethischer Überzeugung, wenn auch, wie wir glauben, aus irrthümlichen Anschauungen heraus, für diese Pläne eintreten, mit einer so jammervollen Gefolgschaft behaftet sind.

In West-Britisch gehen, wie erwähnt, die Dinge einen sehr langsamen Gang. Immerhin war man in der letzten Sitzung bei der sehr wichtigen Frage, ob die in den besetzten Gebieten gegenwärtig vorhandenen Organe der Volksvertretung als behauptung der „Selbstbestimmungsrechte“ zu betrachten seien, angelangt. Trocki lehnte, wie er es bisher getan hat, eine solche Anerkennung dieser Körperschaften ab. Die Delegierten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns erklärten sich bereit, eventuell Vertreter der besprochenen Nationen an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, und es wird nun wieder eine Diskussion darüber entfallen, wie es als Vertreter dieser Nationen zu gelten hat. Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach sich General Hoffmann in sehr entscheidender Form über die Räumung der besetzten Gebiete aus. Auch er vertrat den Standpunkt, daß in diesen Gebieten dem Wunsch der Restitution von Rußland bereits unabweislich Ausdruck gegeben worden sei.

Die Lage in Portugal.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lisboa, 14. Januar.

Die portugiesische Regierung rechnet, laut einer Meldung des Madrider „Liberator“ damit, daß die zwei wichtigsten oppositionellen Gruppen, die Demokraten und die sogenannten Revolutionären, sich bei der bevorstehenden Wahlkampagne abstimmen werden. Präsident Sidonias verhandelt mit den Sozialisten, so daß sich die im März zusammenzutretende Volksvertretung aus Radikalen, Monarchisten und Jesuiten, d. h. ehemaligen Monarchisten, die sich Paas angeschlossen haben, zusammensetzen würden. Sämtliche demokratischen Klubs sind geschlossen worden. Infolge von Hausarresten, bei denen Waffen und Explosivstoffe beschlagnahmt wurden, nahm man mehrere Verhaftungen vor.

Die Ankunft der deutschen Austauschgefangenen in Rotterdam.

(Telegramm.)

Rotterdam, 13. Januar. (M. T. B.)

Heute vormittag erfolgte die Auslieferung der im Austausch gegen englische Kriegsgefangene gefahren am Abend aus England eingetroffenen deutschen Offiziere und Mannschaften. Die niederländische Regierung war durch den Minister des auswärtigen Handels vertreten. Auch der Vorsitzende des Kriegsgefangenenausschusses, Handelskammerpräsident de Woning war zugegen. Nachmittags fand im Doelenaal zu Ehren der Zurückgekehrten ein Empfang statt. Legationsrat v. Malpas begrüßte die deutschen Offiziere und Mannschaften und dankte ihnen für das, was sie für Deutschland im Kampfe und während der Gefangenschaft geleistet und ertragen hätten. Hauptmann v. Schelen begrüßte sie im Auftrag der Deutschen Kaiserin und sprach ein Telegramm des Kaisers, Generalmajor Dönnitz dankte für die anerkennenden Worte des deutschen Regierungsvertreters. Der Bürgermeister von Rotterdam, J. M. J. Zimmernan, sagte, daß die Gastfreundschaft der niederländischen Regierung die Gärten des Krieges mildern wolle. Die Stadt habe ein Gleichmaß zum Bau von Werkstätten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Im Namen der Offiziere und Mannschaften sprach Kapitanleutnant v. Müller der niederländischen Regierung, der Stadt Rotterdam und dem niederländischen Volk seinen Dank für den herzlichen Empfang und das gastfreundliche Verhalten aus.